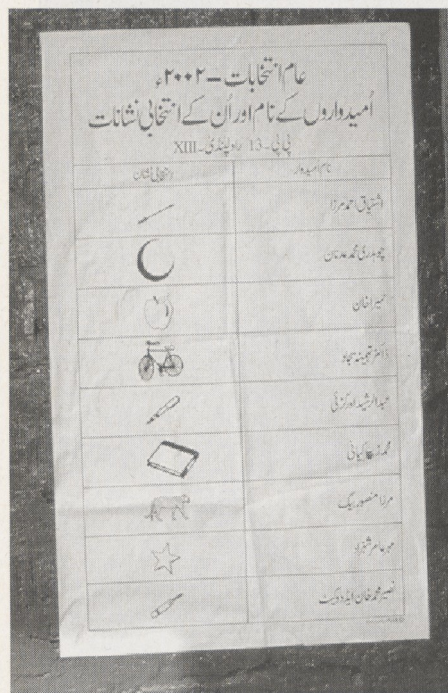


# Von der Diktatur zur Demokatur: Musharraf manipuliert den Parlamentarismus zu Tode

Anmerkungen zum Amtsantritt der Jamali-Regierung von Jorge Scholz

Knapp sechs Wochen nach den Wahlen durfte die neugewählte Nationalversammlung in Islamabad am 21. November nach beispiellosem Tauziehen um die Zusammensetzung der Regierung endlich zusammentreten, um den nächsten Premierminister Pakistans zu küren. Mit der hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme machte schließlich der Überraschungskandidat Mir Zafarullah Khan Jamali das Rennen - mit massiver Schützenhilfe des Musharraf-Regimes. Doch schon jetzt zeigt sich, daß die von den Armeestrategen hinter den Kulissen mit Zuckerbrot und Peitsche provisorisch zusammengezimmerte Zweckkoalition zerbröckelt. Längst steht Jamali mit dem Rücken zur Wand und kämpft mit seiner nach nur einer Woche zur Minderheitsregierung geschrumpften Koalition gegen eine gleichermaßen starke wie aggressive Opposition um sein politisches Überleben. Scheitert er, dürfte sich auch für Musharraf's Experiment mit der Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie schneller als gedacht die finale Existenzfrage stellen.



Stimmzettel (Foto: Jorge Scholz)

Die Nerven der politischen Klasse Pakistans liegen blank. Zwar ist die angesichts unklarer Mehrheitsverhältnisse im neugewählten Bundesparlament wochenlang anhaltende Hängepartie um die Bildung einer Regierung vorüber: Es gibt mit Jamali nach drei Jahren Militärdiktatur wieder einen zivilen Regierungschef, die Ministerrunde ist komplett und die politische Alltagsarbeit könnte eigentlich beginnen. Doch die Machtposition der neuen Administration ist derart fragil, daß an Normalität nicht zu denken ist. Denn die über die Manipulationen des Militärregimes im Umfeld der Regierungsbildung erbosten Oppositionsparteien versuchen nun mit allen Mitteln, die als „King's Party“ verspotteten Musharraf-Günstlinge von Jamalis PML-Q und deren Verbündete gleich wieder aus dem Sattel zu hebeln. Erleichtert wird dieses Vorhaben durch den Umstand, daß die immerhin 17 Abgeordneten der

Muttahida Qaumi Movement (MQM), die in der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung noch für Jamali stimmten, schon nach wenigen Tagen - unzufrieden mit der ihnen angebotenen Präsenz im Bundeskabinett - die Seiten wechselten. Bleibt es dabei und schaffen es die wichtigsten Oppositionsparteien PPPP, MMA, PML-N und MQM, ihr Stimmenpotential im Parlament zu bündeln, hat Jamali bei der laut Verfassung 90 Tage nach Amtsantritt anstehenden Vertrauensabstimmung keine Chance, diese zu überstehen.

## MMA macht mobil

Aber auch so ist die Lage für Jamali äußerst ungemütlich: Denn das oppositionelle islamische Parteienbündnis MMA stellt in der politisch sensiblen Provinz NWFP im Grenzgebiet zu Afghanistan die dortige Landesregierung. Vieles deut-

tet daraufhin, daß die MMA in Koalition mit der PPPP Benazir Bhuttos auch in der Südprowinz Sindh Regierungsverantwortung übernehmen wird (das Ergebnis der laufenden Regierungsverhandlungen beider Parteien war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt). Lediglich im Punjab und im ökonomisch und politisch weniger bedeutsamen Balochistan etablierten sich Provinzregierungen unter Führung der PML-Q. Damit droht der Zentralregierung bei den schon längst überfälligen und immer noch nicht abgehaltenen Senatswahlen eine herbe Schlappe, da die Zusammensetzung der zweiten Kammer des pakistanischen Parlamentssystems durch das Votum der Abgeordneten des Bundes- und aller vier

die politischen Gestaltungsmöglichkeiten der Jamali-Administration durch solch eine Konstellation stark eingeschränkt.

### Vom Häftling zum Innenminister

Mit Blick auf die Lage im Bundesparlament selbst muß Jamali vor allem der Umstand Sorge bereiten, daß seine Koalition bei Lichte besehen nicht viel mehr als ein hoch fragiles Zweckbündnis diverser Kleinparteien, Splittergruppen, Überläufer aus anderen Parteien und opportunistischen Karrieristen mit zum Teil zweifelhaftem Leumund darstellt, das an Heterogenität kaum zu übertreffen und schwer zu kontrollieren ist. Die

Zufall es wollte, waren zu diesem Zeitpunkt die laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen Jamalis PML-Q und dem islamischen Parteienbündnis MMA in die Sackgasse geraten. Denn die MMA verlangte als Preis für ihre Kooperation von Präsident Musharraf den Rücktritt von seinem weiteren Amt als Generalstabschef der Armee und die Auflösung des Nationalen Sicherheitsrates, einer Art Parallelregierung der bisherigen Militäradministration. „Wir können keinen Präsidenten in Uniform akzeptieren“, wiederholte MMA-Führer Qazi Hussain Ahmed gebetsmühenhaft bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Position seiner Parteifreunde in dieser Frage. Von dieser Forderung natürlich wenig beglückt, griff



Wahlkampfplakat (Foto: Jorge Scholz)

Provinzparlamente bestimmt wird. Aufgrund der in der Verfassung festgeschriebenen Mitwirkung des Senats an den Gesetzgebungsverfahren ist das Überleben der Regierung ohne die Unterstützung des Senats kaum möglich. Zumindest würden

schillerndste Stütze der frischgebackenen Regierungskoalition ist zweifellos eine zehnköpfige Abgeordnetengruppe, die sich noch vor dem ersten Sitzungstag des neuen Parlaments von der oppositionellen PPPP-Fraktion abspaltete. Wie der

Musharrafs Generalsekretär und einflußreicher Strippenzieher im Hintergrund, Tariq Aziz, tief in die Trickkiste und beschaffte sich die erforderliche Mehrheit mit bewährten „Floor Crossing“-Methoden kurzerhand im Lager des politischen

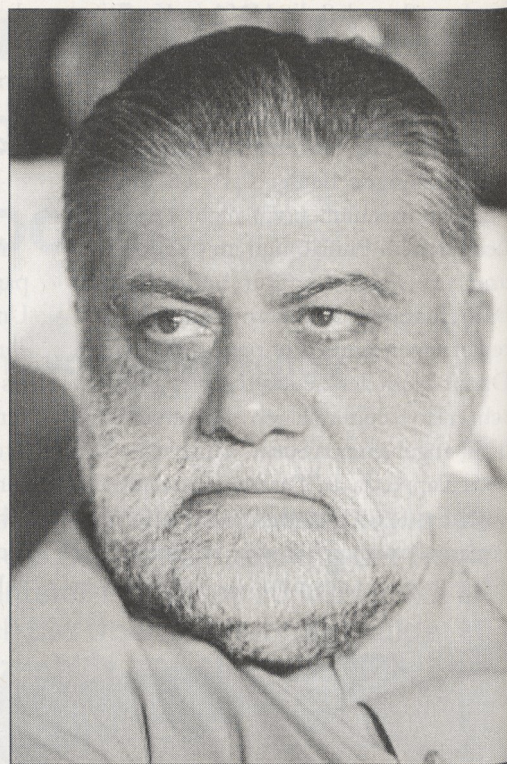
Gegners. So wurden inzwischen gleich sechs der zehn PPPP-Überläufer, die sich inzwischen in „Forward Block“ umgetauft haben, für ihren Verrat mit Regierungsämtern bedacht. PPPP-Dissident Faisal Saleh Hayat - zudem erpressbar aufgrund einer laufenden Klage vor dem „National Accountability Bureau“ (NAB) wegen Veruntreuung staatlicher Kredite in Millionenhöhe, die ihn für mehrere Monate in Untersuchungshaft führte - brachte es auf diese Weise mittlerweile zum Innenminister. Sein Kollege Rao Sikander wurde mit dem wichtigen Verteidigungsressort belohnt. Und Aftap Sherpao, früherer Ministerpräsident der NWFP, der nach dem Militärputsch wegen diverser Korruptionsdelikte gesucht wurde und sich deshalb vorübergehend ins Ausland absetzte, feiert nun als Wasser- und Energieminister sein Comeback.

### Musharraf als Machiavelli

Pikant an diesen Machenschaften: Prä-

sident Musharraf setzte für diesen Coup eigens sein im Vorfeld der Wahlen verkündetes Dekret außer Kraft, das Parlamentsabgeordneten bei Strafe des Mandatsverlusts den Wechsel der Fraktionszugehörigkeit verbietet. Auch die unter Anklage stehenden frischgebackenen Minister hätten nach der reinen Lehre der vor den Wahlen von den Militärs verordneten Spielregeln noch nicht einmal zu den Wahlen antreten dürfen. Von anderen Musharraf-freundlichen Politikern ist sogar bekannt, daß ihnen der laut Wahlgesetz erforderliche Hochschulabschluß, der für viele kritischer eingestellte prominente Persönlichkeiten der politischen Szene Pakistans schon vor den Wahlen das Aus bedeutete, auf Wunsch innerhalb von Tagen per Post zugestellt wurde.

Kein Wunder also, daß die Fronten zwischen den politischen Lagern so verhärtet sind, wie niemals zuvor



Premierminister Jamali (Foto. Archiv)



Ein Präsident bei seiner Wahl (Foto:Archiv)

in der pakistanischen Geschichte. Das Anlegen von zweierlei Maß durch die Militäradministration, die permanente Manipulation der politischen Entscheidungsprozesse und das je nach Situation skrupellose Instrumentalisieren von Gesetzen und ganzen Institutionen hat das Lager der Oppositionsparteien zutiefst verbittert und zum Fundamentalwiderstand provoziert.

Leidtragender ist zunächst einmal Jamali selbst, der eigentlich als erfahrener Politiker und Mann des Ausgleichs gilt. Er muß nun ausbaden, daß sein Gönner im Präsidentenpalast seiner Wunschregierung immer wieder mit höchst zweifelhaften Methoden unter die Arme greift. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen ist es nur allzu verständlich, daß die Opposition nun erst Recht den Rücktritt des Präsidenten von seinen militärischen Ämtern, die Wie-

derherstellung der Verfassung von 1973 ohne die Musharraf-Dekrete und die Abschaffung des von der Armee kontrollierten Nationalen Sicherheitsrates fordert. Für innen- und außenpolitischen Zündstoff dürfte auch die insbesondere von der MMA immer wieder erhobene - und in weiten Teilen der Bevölkerung sehr populäre - Forderung nach einer Kehrtwende in der bislang pro-amerikanischen Außen-, Afghanistan- und Kashmirpolitik des Musharraf-Regimes sorgen. Jamali legte sich in dieser Frage bereits klar auf die Linie seines Meisters fest, so daß auch bei diesem Thema für spannende Unterhaltung des Wahlvolks beim Verfolgen der zu erwartenden Scharmützel zwischen Exekutive und Parlament gesorgt ist

Mit anderen Worten: Die machiavellinischen Machtspielchen des Präsidenten haben das Land nur wenige

Wochen nach Wiederbelebung der parlamentarischen Demokratie erneut in eine ernste politische Krise geführt. Gerät sie außer Kontrolle, könnte sich Musharraf versucht sehen, schon sehr bald die Notbremse zu ziehen und das Experiment vorzeitig wieder abzubrechen, bevor die Dinge womöglich auch außerhalb des Parlamentes außer Kontrolle geraten. Übrigens: Um das Scheitern der neuen Regierung vor Ablauf ihrer Amtszeit vorherzusagen, muß man kein Prophet sein. Denn Jamali würde Geschichte schreiben, wenn er sich bis zum Ende der Legislaturperiode als Premier behaupten sollte. So bleibt Jamali - und den Anhängern der parlamentarischen Demokratie in Pakistan - nur die Hoffnung, daß Totgesagte bisweilen länger leben.

### Kurzbericht eines EU-Wahlbeobachters:

**Dr. Berthold Kuhn hielt sich als EU-Wahlbeobachter vom 2. bis zum 13. Oktober in Pakistan auf. Er verfolgte die Parlamentswahlen von Karachi aus. Hier sein Augenzeugenbericht:**

Am Wahltag selbst gab es mehr technisch-organisatorische Probleme als primitive Wahlfälschung. Die Wahllisten waren nicht immer aktuell und korrekt und einige Personen (Jungwähler und Frauen) hatten keine Ausweise. Die Auszählungen wurden aber überwiegend sehr sorgfältig und korrekt in Gegenwart von polling agents der verschiedenen Parteien durchgeführt. Die aggregation procedure (Zusammenführung der Ergebnisse einzelner Wahllokale) war dann wieder chaotisch und wurde größtenteils ohne Computer erledigt.

Der Vorwahlkampf war problematisch (Parteilichkeit der Verwaltung, Ausschluß von Kandidaten wie Benazir Bhutto und Nawaz Sharif). Die offizielle Beurteilung der EU fällt im Vergleich zu den USA und dem Commonwealth sehr negativ aus (Stichwort: „serious flaws“\*). Die Mullahs haben ausgerechnet die Provinzen gewonnen, in denen die USA Militärbasen haben, sonst hat die regierungsnahen PML-QA die meisten Stimmen bekommen. Wir waren unter gutem und sehr aufwendigem Sicherheitsschutz, es ist keinem internationalen oder lokalen Wahlbeobachter etwas passiert. Ich selbst habe die Wahlen im heißen Wahlbezirk Karachi 250 beobachtet, wo Stimmenabgabe und die Auszählung weitgehend korrekt verliefen; allerdings konnten viele Jungwähler und Jungwählerinnen ihre Stimme nicht abgeben, da sie nicht rechtzeitig die erforderlichen Personalausweise bekommen hatten. Der MMA-Kandidat gewann ganz knapp und wohl korrekt vor der engagierten MQM-Kandidatin. Nach meinem Eindruck besteht erheblicher Bedarf an voter education, um zukünftig technische und organisatorische Probleme zu minimieren.

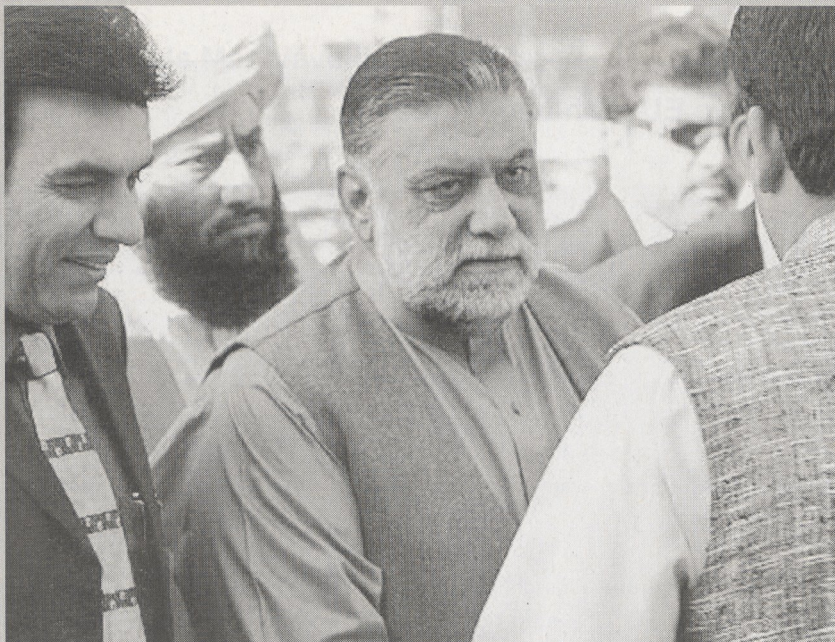
\*Internet-Tipp: Weitere Informationen und den offiziellen Abschlußbericht des EU-Beobacherteams sind unter der Adresse [www.eucom.org.pk](http://www.eucom.org.pk) abrufbar.

# Musharrafs Regierungschef

## Pakistans neuer Premierminister Mir Zafarullah Khan Jamali im Porträt

Jan Heller, Islamabad

**Politische Premiere in Pakistan: Noch nie in der 55-jährigen Geschichte des Landes war ein Baloche, Angehöriger eines kleinen Stammesvolkes in der dünnbesiedelten Südostprovinz Balochistan, Regierungschef. Das ist aber auch das exotischste, was von Mir Zafarullah Khan Jamali zu berichten ist.**



Jamali (Foto: Mian Kursheed)

Kaum jemand hatte den 58-jährigen vor den Wahlen auf der Rechnung. Der Vater von vier Söhnen und einer Tochter, der Geschichte an der Punjab-Universität in Lahore studierte, besitzt keine Hausmacht, weder in seiner Partei noch in seiner Provinz Balochistan. In der militärnahen *Quaid-i-Azam*-Fraktion der *Pakistan Muslim League* (PML-QA) - das Attribut steht für Staatsgründer Muhammad Ali Jinnah - dominieren punjabische Großgrundbesitzer und in seiner Heimatprovinz die großen Stämme, zu denen die Jamalis nicht gehören. Seine politische Karriere begann Zafarullah Jamali - die

beiden anderen Namensbestandteile sind Titel - in der *Pakistan People's Party* (PPP) Zulfikar Ali Bhuttos, den er als sein politisches Idol bezeichnet. Später wechselte er zur PML und diente der Jinnah-Witwe Fatima im Wahlkampf als Leibwächter. 1998 kandidierte er im Parlament für das Amt des Staatschefs - und erhielt nicht eine einzige Stimme.

Für ihn änderte Musharraf nach der Wahl sogar die Ausschlußklausel, nach der zweimalige Amtsinhaber nicht wieder als Premier- oder Chefminister in einer der vier Provinzen antreten dürfen. Daß Jamali 1988 in seiner Heimatprovinz nur

interimistisch regierte, rettet ihn nun. Laut Opposition soll das sonst so rigorose Militär „Jabbal“, dem „Berg“, wie ihn enge Freunde nennen, auch einen Prozeß wegen Unterschlagung erspart haben. Am 10. Oktober gewann er erwartungsgemäß den „Familiensitz“ der Jamalis in Naseerabad. Und da die Strategen in der Militärführung dem Land nicht einen Punjabi vorsetzen wollten, die ohnehin Staat und Armee dominieren, fiel die Wahl bei der wochenlangen Suche nach einem geeigneten Kompromißkandidaten schließlich auf den korpulenten, als nachgiebig geltenden Außenseiter mit dem kurzen, grauen Bart.

Ob die immer freundliche Miene des früheren passionierten Hockeyspielers im neuen Amt anhalten wird, ist fraglich. Dort hat er nicht viel zu sagen, auch wenn Staatschef Musharraf jetzt ankündigte, er wolle Kompetenzen an den neuen Premier abgeben. Kernbereiche wie Verteidigung, Äußeres, Justiz, Stammes- und Grenzangelegenheiten mit den Themen Afghanistan und Kaschmir wird das Militär nicht aus der Hand geben.

Zudem stehen Jamalis politische Überlebenschancen im Amt angesichts der knappen Mehrheit in der Nationalversammlung schlecht. Hierfür müßte er nämlich erneut Geschichte schreiben. Denn niemals zuvor hat eine gewählte pakistanische Regierung ihre fünfjährige Amtsperiode bis zum Ende durchgestanden. **D**